



Annette Widmann-Mauz MdB

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

"Europa kann nur gemeinsam gelingen"

Regierungserklärung vor dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel

Kaum ein anderes Land hat von der Europäischen Union so profitiert wie Deutschland. Wiedervereinigung, wirtschaftliche Prosperität, Aussöhnung mit den Nachbarländern; all das wäre ohne die Europäische Union nicht möglich gewesen. Und in der Welt von heute werden selbst die Stimmen großer Staaten wie Deutschland und Frankreich kaum mehr wahrgenommen. Ohne die EU gäbe es in einer globalisierten Welt keine wirksame Vertretung europäischer, aber auch nicht deutscher Interessen. Und noch immer ist die Europäische Union Deutschlands wichtigster Absatzmarkt. All dies wird bei der gegenwärtigen Diskussion über den Euro gerne vergessen. Gegenwärtig sorgt die Bundesregierung dafür, dass der Euro eine stabile und weltweit anerkannte Währung bleibt. Die Koalitionsfraktionen unterstützen sie dabei, dass es gelingt, den Euro nachhaltig zu stabilisieren. Die Eurozone ist stabiler, als es scheint. Aber nur Stabilität und nachhaltiges Wirtschaften in allen Euro-Ländern schützen vor Spekulation. Eine nachhaltige Haushalts- und Wirtschaftspolitik ist das Gebot der Stunde. Eurobonds und eine Transferunion lehnen CDU und CSU strikt ab. Deutschland leistet solidarische Hilfe, wo es nötig ist. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Im Euroraum muss eine Stabilitätskultur ausgebaut werden, statt sie abzuschwächen, wie Rot-Grün es getan und dabei Glaubwürdigkeit in Sachen Stabilität verspielt hat. Zentraler Punkt für die Stabilitätskultur ist der neue Krisenmechanismus (Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM). Deutschland und andere EU-Länder streben dafür eine begrenzte Änderung des EU-Reformvertrages von Lissabon an. Ein dauerhafter Krisenmechanismus für die Euro-Zone soll ab 2013 den sogenannten Euro-Rettungsschirm ablösen. Vor dem Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 16.

und 17. Dezember in Brüssel erläuterte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, dass diese Vertragsänderung in den Mitgliedsstaaten spätestens bis zum Ende 2012 abgeschlossen werden solle. Angela Merkel bezeichnete die Europäische Union als Verantwortungsgemeinschaft. „Europa gelingt gemeinsam, Europa gelingt nur gemeinsam“, betonte sie in ihrer Regierungserklärung. Die Europäische Union habe die Euro-Krise bislang gut gemeistert, stellte die Kanzlerin fest. Alle Akteure in Europa hätten mutig abgestimmt und entschlossen gehandelt. „Der Euro hat sich als krisenfest bewährt“, sagte sie. Deutschland profitiere ganz besonders von der Gemeinschaftswährung. Eine Inanspruchnahme des ständigen Rettungsfonds werde an "strikte Auflagen" geknüpft, sagte Merkel weiter. Hilfen sollen nur nach einem einstimmigen Beschluss gewährt werden. Die Bundeskanzlerin lehnte die Einführung von Euro-Bonds ab. Gemeinsame Euro-Anleihen seien keine Lösung für die Probleme der Euro-Zone, sagte die Kanzlerin. Nötig seien hingegen eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und eine Verbesserung der Haushaltslage als "zwei Seiten der gleichen Medaille". "Die grandiose Friedens- und Freiheitsidee der europäischen Einigung" sei der eigentliche Grund des Handelns. Dies dürfe bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht vergessen werden, sagte Merkel. Dies sei das Vermächtnis, das heutigen und künftigen politischen Generationen hinterlassen worden sei. "Diesem Vermächtnis fühle ich mich ganz persönlich verpflichtet", sagte Merkel. Auch Volker Kauder erinnerte in seiner Rede an die lange europäische Friedensgeschichte. „Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft“, mit diesem Satz hätten CDU und CSU in vielen Europawahlkämpfen für die europäische Einigung ge-

worben und damit gezeigt, dass die Union keinen Zweifel an Europa habe. Alle großen Entscheidungen in Deutschland seien mit der europäischen Einigungsidee verbunden. Für das, was die Bundesregierung für den Euro in den letzten Wochen und Monaten geleistet habe, dankte er der Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

Kabinettsbeschluss zur Bundeswehrreform

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 beschlossen. Dazu erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und Reutlinger Bundestagsabgeordnete, Ernst-Reinhard Beck: "Wir begrüßen die klare Entscheidung des Kabinetts. Der beschlossene künftige Gesamtumfang der Bundeswehr von bis zu 185.000 Soldaten trifft ebenfalls auf unsere Zustimmung. Insbesondere die 170.000 Zeit- und Berufssoldaten ermöglichen der Bundeswehr die Beibehaltung eines breiten Fähigkeitsspektrums. Die Botschaft, die von dieser Entscheidung ausgeht, ist klar: Deutschland bleibt ein verlässlicher Bündnispartner mit starken Streitkräften. Die Bundeswehr hat nun die notwendige Planungssicherheit, um die Reform anzupacken. Verteidigungsminister zu Guttenberg verdient höchsten Respekt. Es ist seinem Engagement und seiner Entscheidungskraft zu verdanken, dass die grundlegendste Reform in der Geschichte der Bundeswehr gelingen kann. Es gilt jetzt, im Parlament die gesetzlichen Grundlagen zügig zu ändern und den Beschluss finanziell so zu untermauern, dass die Reform erfolgreich umgesetzt werden kann."

Koalition beschließt Steuervereinfachungen

Koalitionsausschuss beschließt Maßnahmen zur Steuervereinfachung. Mit dem geplanten „Steuervereinfachungsgesetz 2011“ und den darin enthaltenen rund 40 Maßnahmen wird das Steuerdickicht ein Stück weit gelichtet. So wird vor allem die Steuererklärung für Arbeitnehmer und für Familien mit Kindern sichtbar erleichtert und gleichzeitig eine direkte Steuerersparnis in Höhe von knapp 600 Millionen Euro bewirkt. Mit der Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages von derzeit 920 Euro auf 1.000 Euro wird für rund 22 Millionen Arbeitnehmer das Erfordernis, Belege vorzulegen, deutlich reduziert und gleich-

zeitig eine Entlastung von über 300 Millionen Euro erreicht. Auch die Unternehmen werden durch Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts indirekt in einem Umfang von ca. 4 Milliarden Euro entlastet. Hinzu kommen weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Einkommensteuerrechts, beispielsweise durch die Möglichkeit, die Einkommensteuererklärung wahlweise nur alle zwei Jahre abzugeben. Damit löst die christlich-liberale Koalition ein weiteres Wahlversprechen für diese Legislaturperiode ein. Steuererklärungen können zukünftig einfacher und schneller erledigt werden.

Einsatz für Religionsfreiheit weltweit

Die christlich-liberale Koalition hat das Werben für Religionsfreiheit und den Einsatz für verfolgte Christen zu einem festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik gemacht. An diesem Freitag hat der Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“ abschließend beraten. Mit dem Antrag wird der Fokus auf drei Bereiche gelegt, die im Kampf für umfassende Religionsfreiheit zentral sind: Zur Religionsfreiheit gehört vor allem das Recht, seinen Glauben öffentlich zu bekennen. Insbesondere in zahlreichen muslimischen Staaten werden dieses Recht und die Möglichkeit, für die eigenen Glaubensüberzeugungen zu werben, stark eingeschränkt. Dies gilt beispielsweise auch für die Türkei. So hält der im November 2010 erschienene EU-Fortschrittsbericht neben einer Reihe weiterer Defizite fest, dass das öffentliche Werben als Bedrohung der staatlichen Integrität und der muslimischen Religion wahrgenommen und in Einzelfällen sogar strafrechtlich verfolgt wird. Der Bau von Kirchen ist rechtlich stark eingeschränkt. Zur Religionsfreiheit gehört ferner das Recht, den eigenen Glauben zu wechseln oder auch gar keine Religion zu haben. Zahlreiche Staaten, insbesondere mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, bestreiten dieses Recht. Der Abfall vom Islam (Apostasie) wird in vielen dieser Staaten strafrechtlich verfolgt. Eng verbunden mit der Religionsfreiheit ist die Meinungsfreiheit. Der Antrag kritisiert den Versuch von islamischen Staaten, die Meinungsfreiheit mit der Begründung einzuschränken, den Islam vor Diffamierung schützen zu wollen. Auf Ebene der Vereinten Nationen werben diese Staaten seit langem für solch ein Vorgehen. So

genannte Blasphemiegesetze sind heute in vielen Staaten bereits Realität. Die Befassung des Deutschen Bundestags mit diesem Antrag kurz vor Beginn der Weihnachtszeit zeigt deutlich, welchen hohen Stellenwert dieses Thema für CDU und CSU hat.

Allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest, viel Glück und Erfolg für das Jahr 2011

Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 – 227-77217
Fax 030 – 227-76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de